

Berlin, 05.03.2021

**Beschlussvorlage für die digitale Sitzung des Landesvorstandes der MIT Berlin
am 5. März 2021**

Öffnungen ab 1. April für alle Branchen in Berlin ermöglichen - Impftempo erhöhen!!

Deutschland hat in den ersten Monaten der Coronavirus-Pandemie erfolgreich die weitere Ausbreitung bekämpft und damit viele schwere Erkrankungen durch den neuartigen Virus, insbesondere bei älteren Bürgern mit Vorerkrankungen, verhindert.

In der 2. Phase wurde wahrscheinlich ab Oktober eine komplette Schließung aller öffentlichen und privaten Einrichtungen und des öffentlichen Lebens versäumt.

Dies ist umso bedauerlicher, als das nunmehr seit Mitte November Hotels und Gastronomie und seit Mitte Dezember ein Großteil des Einzelhandels geschlossen werden musste. Gleiches gilt für die in Berlin ebenso wichtige Kreativwirtschaft mit den Clubs und Kultureinrichtungen!

Die Unternehmen in diesen Branchen kämpfen nicht nur um finanzielle Entschädigungen beim Bund und den Ländern, sondern sind in ihrer Mehrheit inzwischen in ihrer Existenz bedroht. So haben in einer Umfrage des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg bereits im Januar diesen Jahres bsp. über 70 % der Textil- und Schuheinzelhändler angegeben, dass sie in die Insolvenz gehen müssen, sollten keine neuen Unterstützungsmaßnahmen beschlossen werden.

Andererseits hat die Politik im Jahr 2020 mehrfach beteuert, dass Änderungen der Einschränkungen möglich sind, wenn alle älteren Bürger geimpft wurden.

Die Kreisverbände und Mitglieder des Landesvorstandes erreichen jetzt täglich Nachrichten verzweifelter Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine weitere monatelange Schließung nicht mehr verkraften können. Allein in Berlin stehen hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel, da Messen, Kongresse und der Städtetourismus auch im Jahr 2021 insgesamt nicht an Fahrt gewinnen wird und Einzelhandel, Hotels und Gastronomie von diesen Gästen zum großen Teil abhängig sind.

Es entsteht auch der Eindruck, dass die Politik sich nur noch einseitig von Wissenschaftlern beraten lässt, die eher „Worst-Case-Szenarien“ formulieren und eine ausgewogene Meinungsbildung unterschiedlicher wissenschaftlicher Gruppen nicht mehr stattfindet.

Die Unternehmen in Berlin brauchen daher verlässliche Aussagen, wann geöffnet werden kann und dies ist aus Sicht der MIT Berlin mit der Impfung von älteren Bürgerinnen und Bürgern und Mitarbeitern im Gesundheitswesen der Fall.

Die Unternehmen im Einzelhandel, der Gastronomie und Hotellerie haben in Berlin im Jahr 2020 erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet, um Hygienekonzepte zu erarbeiten und die notwendige Infrastruktur zur Umsetzung anzuschaffen. Die Kreativszene hat zum Teil in den letzten 12 Monaten gar nicht öffnen dürfen.

Alle Studien, beispielsweise auch jüngste Untersuchungen des Robert Koch-Instituts, belegen eindeutig, dass eine Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus vor allem im privaten Bereich in geschlossenen Räumen besteht. Weder im Einzelhandel noch in der Gastronomie ist die Gefahr erhöht.

Daher fordert die MIT Berlin den Senat von Berlin auf,

1. die Öffnung des gesamten Einzelhandels, der Gastronomie und Hotellerie unter Einhaltung klarer, berlinweiter gültiger Vorschriften ab dem 1. April 2021 zu ermöglichen.
2. gemeinsam mit den Branchenverbänden und visitBerlin, Kampagnen zu erarbeiten und finanziell zu unterstützen, um für die Jahre 2021 und 2022 in Deutschland und vor allem in Europa für Gäste zu werben.

Außerdem müssen der Senat und die Bezirksämter Unternehmen unkompliziert Sondernutzungen und Veranstaltungen im Freien, ebenfalls unter Einhaltung von Hygienekonzepten genehmigen.

Andererseits sind Konzepte, z. B. für den Einzelhandel mit Terminvereinbarung, vollkommen lebensfremd und machen jeden weiteren Geschäftsbetrieb für Unternehmen unwirtschaftlich.

Es ist klar, dass Inzidenzwerte auch bei einem weiteren schnelleren Impftempo von unter 100 nur schwer erreichbar sind. Dies kann auch nicht der einzige Wert für die Beurteilung der gesundheitlichen Situation sein, wenn schwere Krankheitsverläufe nur noch sehr selten bei jüngeren Menschen vorkommen. Wir erwarten von der Wissenschaft und der Politik nachvollziehbare Kriterien welche u. a. die Belegung der Intensivbetten und die Unterschiede in den versch. Altersgruppen mit einbezieht. Dies gilt auch für etwaige Mutationen in den kommenden Monaten und Jahren. Außerdem ist selbstverständlich regional abzuwägen.